

„Ihr seid nicht ‚zu politisch‘, wenn ihr euch gegen Hass und Ausgrenzung wehrt. **Schule muss ein Ort sein, an dem junge Menschen lernen, für sich und andere einzustehen.** Dazu gehört auch, Hetze zu erkennen, falsche Behauptungen zu hinterfragen und sich nicht einschüchtern zu lassen.“

Nicole Gohlke
Sprecherin für Bildung und Wissenschaft



Wir stehen an eurer Seite. Niemand darf mit den zunehmenden Angriffen alleine bleiben, weder Lehrkräfte noch Schülerinnen und Schüler.

Darum fordern wir als Linke im Bundestag:

- 1** Klarstellung der Bundesregierung: Wer im Unterricht Menschenrechte verteidigt, darf daraus keine dienstrechtlichen Nachteile haben – bundesweit.
- 2** Beratungs- und Unterstützungsstellen, an die sich Schulen bei rechten Angriffen wenden können – für rechtliche und praktische Hilfe.
- 3** Mehr Zeit und bessere Ausbildung für politische Bildung in allen Schulformen, damit ihr sicher Haltung zeigen könnt.

Fraktion Die Linke im Bundestag, V.i.S.d.P. Ina Latendorf,
Platz der Republik 1, 11011 Berlin, dielinkebt.de

Schule mit Haltung

Wer Rassismus widerspricht, hat Rückhalt verdient!

Die Linke

Im Bundestag



Stell dir vor, im Unterricht sagt jemand: „Alle Geflüchteten sind kriminell.“ Du widersprichst – und gerätst selbst unter Druck. Rechte Akteure werfen dir vor, nicht neutral gewesen zu sein.

Genau das erleben immer mehr Lehrkräfte und engagierte Schülerinnen und Schüler. Hinter solchen Vorwürfen steckt oft eine politische Strategie, die Lehrkräfte, Schulleitungen und Schülerinnen und Schüler verunsichern soll. **Wer sich Rassismus und Menschenhass entgegenstellt, soll zum Schweigen gebracht werden.**

Dabei ist das Gegenteil richtig: Wer gegen Menschenfeindlichkeit eintritt und dafür angegriffen, angezeigt oder öffentlich diffamiert wird, hat einen Anspruch darauf, dass sich Schulleitungen, Schulbehörden und die Politik schützend vor ihn oder sie stellen.

Was heißt hier neutral?

Lehrkräfte und Schulen dürfen ihre Autorität nicht missbrauchen, um für eine Partei zu werben. Auch dürfen Noten nicht von der parteipolitischen Einstellung der Lehrkraft abhängen. Dafür sorgt das sogenannte parteipolitische Neutralitätsgebot.

Dieses Neutralitätsgebot gilt in Bezug auf Parteien, aber: **Bildung ist niemals neutral gegenüber Menschenwürde, Demokratie oder Grundrechten.** Doch rechte Akteure tun so, als müssten sich Lehrkräfte auch dazu neutral verhalten.

Wenn jemand sagt: „Muslime gehören nicht zu Deutschland.“, muss die Lehrkraft einschreiten. Auch, dass eine Partei wie die AfD für menschenfeindliche Politik eintritt, darf sie klar benennen. Das hat nichts mit mangelnder Neutralität zu tun, sondern mit dem Grundgesetz: Menschenwürde, Gleichheit und Demokratie sind nicht verhandelbar.

Neutral gegenüber Parteien – ja. Neutral gegenüber Menschenrechten – niemals.

Menschenfeindlichkeit ist keine Meinung

In der Schule darf gestritten, gefragt und diskutiert werden. Politische Bildung lebt davon, dass unterschiedliche Positionen sichtbar werden und Schülerinnen und Schüler lernen, sich selbst eine Meinung zu bilden.

Über **kontroverse Fragen** kann man diskutieren:

- Soll man ab 16 oder ab 18 wählen dürfen?
- Braucht es mehr Geld für Bildung oder für Rüstung?
- Wie sollen Ganztagsprogramm, Prüfungen oder Inklusion an der Schule umgesetzt werden?

Etwas anderes sind **Aussagen, die Menschen abwerten oder ihnen gleiche Rechte absprechen**, etwa:

- „Erwerbslose sind faul.“
- „Geflüchtete sind kriminell.“
- „Frauen sind nicht für die Politik geeignet.“
- „Homosexuelle sollte man ins Gefängnis stecken.“

Solche Aussagen greifen die Würde anderer Menschen an und widersprechen dem Grundgesetz. Das sind keine demokratischen Meinungsbeiträge. Hier darf niemand so tun, als stünden zwei unterschiedliche, aber gleichwertige Sichtweisen im Raum.

Wer menschenfeindliche Parolen verbreitet, kann sich nicht hinter dem Wort „Meinung“ verstecken.

Rechte verdrehen seit Jahren den Begriff der Neutralität. Sie erklären menschenfeindliche Parolen zur Meinung, die man angeblich neutral behandeln müsse. Sie behaupten, Kritik an Rassismus sei Indoktrination und Aufklärung über Rechtsextremismus sei parteipolitische Einmischung.

Das Ziel ist klar: **Sie wollen eine Drohkulisse schaffen, um rechtsextreme Aussagen im Klassenzimmer zu normalisieren.**

Was ist der Beutelsbacher Konsens?

Immer wieder verweisen rechte Akteure auf den sogenannten Beutelsbacher Konsens. Sie behaupten, er würde ihre Argumentation stützen. Der Beutelsbacher Konsens ist eine Leitlinie für politische Bildung aus den 1970er Jahren. Er soll verhindern, dass politische Bildung zur Gehirnwäsche wird. Er folgt drei einfachen Prinzipien:

- ➔ Keine Überwältigung: Lehrkräfte dürfen Jugendlichen nicht ihre Meinung aufzwingen.
- ➔ Kontroverses muss kontrovers diskutiert werden.
- ➔ Keine Indoktrination

Aber: **Der Beutelsbacher Konsens besagt nicht, dass man rechtsextreme und menschenverachtende Aussagen neutral behandeln muss!**